



PRESSEINFORMATION

Berlin, im März 2015

Die Diskussion um den assistierten Suizid tritt in Deutschland in eine besonders intensive Phase. Auch 2015 wird sich der Deutsche Bundestag erneut mit diesem Thema befassen.

Die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) sieht es als ihre Aufgabe an, die aktuelle öffentliche Diskussion zum „assistierten Suizid“ zu begleiten, die Öffentlichkeit zu informieren und in dem komplexen Entscheidungs- und Handlungsfeld zu Lösungen beizutragen.

Bereits im Juni 2014 haben das Nationale Suizidpräventionsprogramm für Deutschland (NaSPro) und die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) eine erste Stellungnahme „In Würde leben, in Würde sterben. Suizidprävention und Palliativmedizin fördern. Aufklären, Hilfen bereitstellen und Leiden wirksam behandeln statt assistierter Suizid“ erarbeitet. Seit dieser Zeit intensiviert sich der Diskussionsprozess in Politik und Öffentlichkeit zum Thema „Beihilfe zur Selbsttötung“. Auch Fachleute der Suizidprävention erörterten kontrovers die Fragen zur gesetzlichen Regelung von Hilfen zum Suizid für diejenigen, denen nahe dem Lebensende trotz Palliativmaßnahmen nicht ausreichend geholfen werden kann, und ob der tatsächliche Umgang mit schwer Leidenden nahe dem Lebensende einer gesetzlichen Kontrolle unterstellt werden soll.

Übereinstimmung unter den Fachleuten der Suizidprävention besteht darin, dass die geschäftsmäßige, gewerbliche und organisierte Beihilfe zum Suizid gesetzlich ausgeschlossen werden muss, es für psychisch kranke Menschen sowie Menschen in Krisensituationen suizidpräventiver Maßnahmen und Strukturen bedarf, eine gesetzliche Stärkung und ein Ausbau suizidpräventiver Maßnahmen und Strukturen notwendig sind und die palliativmedizinische und -pflegerische Behandlung Schwerstkranker und Sterbender ausgebaut und flächendeckend bereitgestellt werden muss. Einigkeit besteht auch darin, dass die Mitwirkung bei der Selbsttötung keine ärztliche Aufgabe ist.

Die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention hat im Februar 2015 erneut eine Stellungnahme mit Empfehlungen erarbeitet, in der sie fordert: „*Nicht assistierter Suizid, sondern Hilfen für Suizidgefährdete müssen gestärkt werden*“.

Pressekontakt: Dipl.-Soziologe Dipl.-Soz.Päd. Michael Witte Geschäftsführer der DGS
Alte Brauerei 9
10965 Berlin
Tel: +49 (0)30/57702556
E-Mail: dgs.gf@suizidprophylaxe.de
URL: <http://www.suizidprophylaxe.de>

Bank für Sozialwirtschaft, Berlin, IBAN: DE61 1002 0500 0003 0920 01 BIC: BFSWDE33BER - www.suizidprophylaxe.de - Mail: dgs@suizidprophylaxe.de

Vorsitzende:

Barbara Schneider, Prof. Dr. med.
Abteilung Abhängigkeitskrankheiten
LVR-Klinik Köln
Wilhelm-Griesinger-Str. 23, 51109 Köln
Fon 0221 8993400/1
Fax 0221 8993486
B.Schneider@lvr.de

Geschäftsführer:

Michael Witte, Dipl.-Soziologe
DGS-Geschäftsstelle
Alte Brauerei 9, 10965 Berlin
Fon 030-57702556
dgs.gf@suizidprophylaxe.de

Stellvertretende Vorsitzende:

Elmar Etzersdorfer, Univ.Prof. Dr.med. Stuttgart
Ute Lewitzka, Dr. med., Dresden

Schatzmeisterin:

Barbara Urban,
Hummelsbüttler Hauptstr. 33a, 22339 Hamburg
Fon 040-79309060
dgs.schatzmeister@suizidprophylaxe.de

Beisitzende:

Heidi Bauer-Felbel, Dipl.-Soz. Päd, Rostock
Elisabeth Brockmann, Dipl.-Soz. päd, Bayreuth
Sabine Fink, Dipl.-Psych., München
Burkhard Jabs, Prof. Dr. med., Dresden
Cornelia Schneider, Dipl.-Psych., Berlin
**Sprecher der AG zur Erforschung
suizidalen Verhaltens:**
PD Dr. med. Reinhard Lindner, Hamburg